

newsletter

des Deutschen Landkreistages zum SGB II

INHALT

- **Editorial**
- **Aktuelle Fragen der Option**
 - Übergang in die Option bei den Neuoptierern
 - Rückschau auf den Tag der Optionskommunen 2011
 - Fachtagung Benchmarking am 1.9.2011
 - Plenum der Optionskommunen am 24.10.2011
 - Fristwahrende Verfassungsbeschwerde
- **Aktivitäten auf Bundesebene im Überblick**
 - Bildung und Teilhabe
 - Instrumentenreform
 - Ausschuss für Grundsicherung nach § 18c SGB II (BLA)
 - AG Steuerung
 - Aktualisierung der Vergleichstypen
 - Neustrukturierung der Arbeitsagenturbezirke
- **Themen der gemeinsamen Einrichtungen**
 - Verordnung zur Feststellung der Verwaltungskosten (VKFV)
 - Dienstleistungskatalog in Überarbeitung
- **Termine**
- **Weitere Neuigkeiten**

KOMMUNEN
für Arbeit

Bitte melden Sie sich für den Newsletter-E-Mail-Verteiler an bei:
Waltraud.Nothof@Landkreistag.de



>>> EDITORIAL

Der seit 2007 erscheinende Newsletter steht allen Interessierten zur Verfügung und ist öffentlich zugänglich. Daneben steht der Newsletter in den Internet-Foren des DLT zum Abruf bereit.

Die Gestaltung soll auch durch die Beiträge der Landkreise, Jobcenter und der Landesverbände über die örtlichen und regionalen Entwicklungen geprägt werden. Deshalb bitten wir um die Übermittlung von Hinweisen, Nachrichten und kurzen Beiträgen.

Bitte richten Sie Ihre Beiträge und Hinweise an:

Markus.Keller@Landkreistag.de und Waltraud.Nothof@Landkreistag.de.

Für die fachliche Erörterung der Fragen zum SGB II steht Ihnen das Dezernat Soziales und Arbeit des DLT in bewährter Weise zur Verfügung:

Referent	Markus Keller
Referent	Matthias Köpp
Beigeordnete	Dr. Irene Vorholz
Sekretariat und Planung	Waltraud Nothof

Berlin, August 2011

>>> AKTUELLE FRAGEN DER OPTION

>> Übergang in die Option bei den Neuoptierern

Der Übergang in die Option stellt für die 41 neuen Optionskommunen das bestimmende Thema dar. Die Checkliste zum Übergang (letzter Stand vom 29.6.2011) ist das bisherige Gesprächsergebnis zwischen BMAS, BA, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden. Die BA setzt diese Checkliste in ihrem Prozesshandbuch um, das nicht mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt ist und lediglich innerhalb der BA Verbindlichkeit entfalten kann.

Verschiedene – auch grundlegende – Fragestellungen konnten in der Checkliste noch nicht abschließend geklärt werden, so dass ein weiteres Gespräch (sog. moderierter Dialog) am 16.8.2011 stattfinden wird. Dabei geht es vor allem um die Umstellung der Leistungsgewährung und die Abwicklung von Veränderungen, die in die Zeit vor dem Zuständigkeitswechsel zurückreichen.

[vertiefend: DLT-RS 347/2011 vom 29.6.2011]

>> Rückschau auf den Tag der Optionskommunen 2011

Der mit über 200 Teilnehmern aus Optionskommunen, Bundestag und Bundesregierung, Landtagen und Landesregierungen, Verbänden und Medien sehr gut besuchte Tag der Optionskommunen vom 6.6.2011 in Berlin hat die Stärke der Option eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die für den Tag vorgelegte Broschüre „Optionskommunen: Nah am Menschen“ zeigt die gelungene Arbeit auf.

Höhepunkte waren die Redebeiträge von Bundesministerin von der Leyen sowie der Sozialministerinnen Dreyer, Rheinland-Pfalz, und Kramp-Karrenbauer, Saarland, die zwischenzeitlich zur Ministerpräsidentin gewählt worden ist. Alle drei zollten den Optionskommunen Respekt und Dank für das große Engagement vor Ort. Für die den neuen Optionskommunen bevorstehenden Herausforderungen wünschten die Teilnehmer allseits eine gute Hand.

[vertiefend: Bericht in Der Landkreis, Juli 2011, S. 275 f , sowie Präsentationen aus dem Donau-Alb- und dem Salzlandkreis im Optionsforum > Materialien > Sonstige Materialien; Broschüre „Optionskommunen: Nah am Menschen“, abzurufen unter www.landkreistag.de > Publikationen > Bd. 96]

>> Fachtagung Benchmarking am 1.9.2011

Am 1.9.2011 veranstaltet der DLT in Berlin eine Fachtagung, um über die künftige Ausgestaltung und Ausrichtung für das Benchmarking der Optionskommunen (BMOK) zu beraten. Unter der Moderation von Dr. Bruno Kaltenborn werden – erstmals unter Einbeziehung der 41 neuen Optionskommunen – auf Basis der bisherigen Erfahrungen die Veränderungs- und Weiterentwicklungsmöglichkeiten dieses Projektes diskutiert.

Zu Beginn des Projekts in den Anfangsjahren des SGB II stand die Schaffung von Zahlen- und Vergleichsgrundlagen im Vordergrund. Inzwischen liegen die Daten und Kennzahlen aus der Datenübermittlung der Arbeit zugrunde und der Fokus kann stär-

ker auf die Inhalte gelegt werden.

[vertiefend: Einladung im Optionsforum > Materialien > Benchmarking der Optionskommunen]

>> **Plenum der Optionskommunen am 24.10.2011**

Die bisherigen 69 Optionskommunen kamen in der Vergangenheit regelmäßig beim DLT zusammen, um gemeinsame Anliegen sowie die Koordinierung der Optionskommunen untereinander zu besprechen. Am 24.10.2011 findet nun erstmals ein Plenum der alten und der neuen Optionskommunen statt. Die Einladung wird in Kürze ergehen.

[vertiefend: Struktur der Koordinierung im Optionsforum >Materialien > Treffen aller Optionskommunen]

>> **Fristwahrende Verfassungsbeschwerde**

Für das beschränkte Kontingent von 41 neuen Optionsplätzen lagen 76 Anträge weiterer geeigneter Kommunen vor. Das Bemühen des DLT, allen Antragstellern die Option zu eröffnen, war bislang nicht erfolgreich. Um überhaupt jemals als kommunaler Träger zugelassen werden zu können, haben 13 Landkreise und eine kreisfreie Stadt rechts- und fristwährend eine kommunale Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen das beschränkte Kontingent erhoben. Weder die 41 neuen noch die 67 alten Optionskommunen noch der Fortbestand der gemeinsamen Einrichtungen sind davon betroffen. Auch bei einem Erfolg der Verfassungsbeschwerden bleibt es beim Regel-Ausnahme-Verhältnis von gemeinsamen Einrichtungen und Option. Daneben stehen das 2/3-Quorum für den Antrag auf Zulassung zur Option und die Prüfergebnisse des Bundes bei den Optionskommunen auf dem Prüfstand.

Derzeit wird unter den Ländern ausgelotet, inwieweit eine Bundesratsinitiative zur Öffnung des Kontingents für die nicht zugelassenen Antragsteller Erfolg hätte. Der DLT hält eine politische Lösung nach wie vor für vorzugswürdig und unterstützt diesen Weg.

>>> AKTIVITÄTEN AUF BUNDESEBENE IM ÜBERBLICK

>> Bildung und Teilhabe

Zwischen Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden werden auf Bundesebene insbesondere Möglichkeiten der Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung erörtert. Zugleich wird diskutiert, inwieweit die Erstattung von Mitteln zulässig ist, die im Rahmen der Selbstbeschaffung für Zwecke des Bildungs- und Teilhabepakets verauslagt worden sind.

>> Instrumentenreform

Die im parlamentarischen Verfahren befindliche Instrumentenreform sorgt für intensive Diskussionen. Die DLT-Stellungnahme zum Gesetzentwurf enthält konkrete Vorschläge, wie den Erfordernissen im SGB II besser Rechnung getragen werden kann. In einem kurzen Argumentationspapier werden daneben die Argumente für die politische Diskussion über die arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf einer Seite zusammengefasst.

[vertiefend: DLT-RS 318/2011 und DLT-RS 356/2011]

>> Ausschuss für Grundsicherung nach § 18c SGB II (BLA)

Am 13.7.2011 fand in Hannover die zweite Sitzung des Ausschusses für Grundsicherung für Arbeitsuchende statt. Dieser Ausschuss begleitet, berät und beobachtet nach § 18c SGB II die zentralen Fragen der SGB II-Umsetzung.

Hinsichtlich der Bezeichnung haben Bund und Länder für Bund-Länder-Ausschuss (BLA) votiert. Der DLT hat darauf hingewiesen, dass dies die gesetzlichen Mitglieder kommunale Spitzenverbände und BA unberücksichtigt lässt.

Für den Bereich der Personalentwicklung und Qualifizierung in den Jobcentern wurden Empfehlungen beschlossen. Überlegungen, Standards zur Prozess- und Ergebnisqualität in Nachfolge der bisherigen Mindeststandards einzuführen, die auch für die Optionskommunen Geltung entfalten sollten, wurden zunächst zurückgestellt. Der DLT hatte nachdrücklich Bedenken geäußert, dass das angestrebte und begrüßenswerte Ziel der Qualitätssicherung und -verbesserung durch solche Standards nicht erreicht werden kann.

[vertiefend: DLT-RS 435/2011)

>> AG Steuerung

Die AG Steuerung (vormals Zielsteuerung, Kennzahlen und Daten) hat im Vorfeld der Sitzung des Ausschusses für Grundsicherung nach § 18c SGB II „Gemeinsame Grundlagen der Zielsteuerung SGB II“ erarbeitet. Dabei konnte zwischen Bund und Ländern Einigkeit über das Vorgehen im Rahmen der Zielsteuerung ab dem Jahr 2012 erzielt werden, das für alle Jobcenter zur Anwendung kommen soll. Das Verfahren weist einige Unterschiede – z.B. kein Zielwert für die Senkung der Transferleistungen – zum bis-

herigen Verfahren auf.

Ende Juli 2011 fand ein Workshop statt, der sich mit dem Referenzrahmen für die Zielvereinbarung und damit mit dem Verfahren der Zielorientierung beschäftigt hat. Die BA soll zunächst ihre Überlegungen darstellen und die Bewertungsspielräume bei den Werten aufzeigen. Auf dieser Basis sollen dann die weiteren Überlegungen angestellt werden.

[vertiefend: DLT-RS 20/2011, DLT-RS 435/2011]

>> Aktualisierung der Vergleichstypen

Die seit Einführung des SGB II angewendeten Vergleichstypen wurden vom IAB aktualisiert. Dabei haben sich einige Veränderungen ergeben. Die neuen Vergleichstypen sollen im Herbst auch im Rahmen der SGB II-Kennzahlen nach § 48a SGB II zur Anwendung kommen.

Eine Neukonzeption der Typzuordnung soll ab Herbst gemeinsam von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden entwickelt werden, um ab 2013 dann grundlegend neue Vergleichstypen für das SGB II zur Verfügung zu haben.

[vertiefend: DLT-RS 339/2011 und DLT-RS 398/2011]

>> Neustrukturierung der Arbeitsagenturbezirke

Die Bundesagentur für Arbeit hat im Verwaltungsrat im Juli 2011 Überlegungen vorgestellt, die Zahl der Arbeitsagenturbezirke von 176 auf künftig 156 zu reduzieren. Dabei sollen die künftigen Agenturbezirke keine Kreisgrenzen mehr durchschneiden. Im Herbst 2011 soll das Thema im Verwaltungsrat abschließend beraten werden.

[vertiefend: DLT-RS 387/2011]

>>> THEMEN DER GEMEINSAMEN EINRICHTUNGEN

>> Verordnung zur Feststellung der Verwaltungskosten (VKFV)

Mit der Verordnung zur Feststellung der Gesamtverwaltungskosten in den gemeinsamen Einrichtungen (VKFV) wird die gewachsene Struktur der Abrechnung zwischen den SGB II-Trägern und der gemeinsamen Einrichtung erstmals auf eine klare rechtliche Grundlage gestellt. Grundsätzlich können künftig die tatsächlichen Kosten abgerechnet werden.

Daraus ergibt sich auch für die kommunalen Träger das Erfordernis, die bisherige Abrechnungspraxis zu überprüfen und ggf. den neuen Gegebenheiten anzupassen. Zugleich wird auf diese Weise die Verlässlichkeit und Planbarkeit der Kosten seitens der BA in den gemeinsamen Einrichtungen erhöht. Die bisher auftretenden Veränderungen zwischen KFA-pflichtigen Verwaltungsausgaben der BA und zentral durch Vorwegabzug abgedeckten Ausgaben dürften damit beendet sein. Aufgaben zur Steuerung der eigenen Aufgaben werden klar den jeweiligen Trägern zugeordnet und haben künftig

keine Auswirkungen mehr auf den anderen Träger.

[vertiefend: DLT-RS 272/2011]

>> Dienstleistungskatalog in Überarbeitung

Durch die Verwaltungskostenfeststellungsverordnung ergibt sich im Bereich des bisherigen Dienstleistungskatalogs der BA (Service-Portfolio) Anpassungs- und Änderungsbedarf. Der DLT hat angeregt, anstelle von bundeseinheitlichen Leistungsangeboten in standardisierter Form stärker dezentrale Gestaltungsmöglichkeiten der BA-seitigen Dienstleistungen für die gemeinsamen Einrichtungen zu schaffen. Damit könnte den unterschiedlichen Bedarfen der gemeinsamen Einrichtungen und den örtlich verschiedenen Gegebenheiten besser Rechnung getragen werden. Die BA hat zunächst nur geringen Änderungsbedarf an den bisherigen Leistungen gesehen.

[vertiefend: DLT-RS 272/2011 und DLT-RS 352/2011]

>>> TERMINE

Folgende Sitzungstermine stehen im zweiten/dritten Quartal 2011 an bzw. haben bereits stattgefunden:

- | | |
|---------------|--|
| 15.6.2011 | Sitzung der Arbeitsgruppe Steuerung des Ausschusses nach § 18c SGB II (Bund, Länder, komSpV und BA) |
| 15.6.2011 | Projektleitung Benchmarking der Optionskommunen |
| 16.6.2011 | DLT-Arbeitskreis Option in Berlin |
| 22.6.2011 | Treffen Neuoptierer beim DLT |
| 6./7.7.2011 | Info-Veranstaltungen der BA für Neuoptierer in Lauf und Kassel |
| 7.7.2011 | Sonderprojektleitung Benchmarking der Optionskommunen zur Vorbereitung der Fachtagung am 1.9.2011 |
| 13.7.2011 | Zweite Sitzung des Ausschusses nach § 18c SGB II (BLA) (Bund, Länder, komSpV und BA) |
| 27./28.7.2011 | Workshop der (BLA) AG Steuerung „Erarbeitung der Referenzrahmen für die Planung im SGB II für das Jahr 2012“ |
| 11.8.2011 | DLT-AG Instrumentenreform |
| 16.8.2011 | Moderierter Dialog zum Übergang in Option (BMAS, BA, Länder und komSpV) |
| 19.8.2011 | Workshop Referenzrahmen der (BLA) AG Steuerung |
| 1.9.2011 | DLT-Fachtagung zur Weiterentwicklung des Benchmarking der Optionskommunen in Berlin |
| 5. 9.2011 | Anhörung im Bundestagsausschuss Arbeit und Soziales zur Instrumentenreform |
| 14. 9.2011 | DLT-Arbeitskreis gemeinsame Einrichtungen |
| 26. 9.2011 | Treffen der Neuoptierer beim DLT |
| 24.10.2011 | Plenum der Optionskommunen in Berlin |
| 3.11.2011 | Projektgruppe (BMAS, BA und komSpV) |

8.11.2011	DLT-Arbeitskreis Option in Berlin
9.11.2011	Erfahrungsaustausch der 108 Optionskommunen beim BMAS
10.11.2011	Haushaltsworkshop für die 41 Neuoptierer beim BMAS
15.11.2011	Workshop der (BLA) AG Steuerung zur Neukonzeption der SGB II-Vergleichstypen

>>> WEITERE NEUIGKEITEN

> Wechsel beim DLT

Ende Juni 2011 ist Herr Goldmann vom DLT zum Niedersächsischen Landkreistag gewechselt (s.u.). Er wird für den DLT weiterhin das Themengebiet Datenübermittlung nach § 51b SGB II begleiten.

Beim DLT wurde Herr Köpp zum 1.7.2011 als Referent für das SGB II eingestellt. Herr Köpp hat die Einführung des SGB II im Optionskreis Ostvorpommern als Teamleiter bis 2008 begleitet und war zuletzt beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge beschäftigt.

> NLT richtet SGB II-Koordinationsstelle ein

Der Niedersächsische Landkreistag (NLT) hat auf Wunsch der künftig 17 niedersächsischen Optionskommunen eine zentrale Koordinationsstelle eingerichtet. Neben den übergreifenden Rechtsfragen werden hier die Kernfragen der Option gebündelt, die interne Abstimmung koordiniert und die Vernetzung insbesondere mit dem Land und dem DLT intensiviert. Für die Referentenstelle wurde Herr Goldmann gewonnen, der zuvor Referent für das SGB II beim DLT war.

> Niedersachsen konstituiert einen Ausschuss für Zielvereinbarungen

Niedersachsen hat als erstes Bundesland in seinem Ausführungsgesetz SGB II einen besonderen Ausschuss für Zielvereinbarungen eingesetzt, der sich mit grundsätzlichen Fragen und Belangen der Zielvereinbarungen, Steuerung und Zielnachhaltung der 17 niedersächsischen Optionslandkreise befassen soll. Der Ausschuss ist mit acht Mitgliedern besetzt; vier werden durch das Land berufen, vier durch den Niedersächsischen Landkreistag. Der Ausschuss kommt am 17.8.2011 zur konstituierenden Sitzung in Hannover zusammen.

